



Kreisverband **FREISING**

Peter Wagner jun.
Gartenstr. 14
85416 Langenbach
Tel. 1: 08761 / 59 80
Mobil: 0160 / 32 46 406
E-Mail: Peter.Wagner-LB@gmx.de

- PRESSEMITTEILUNG -

Revision des Internet-Zugangerschwerungsgesetzes notwendig

Die Junge Union (JU) Oberbayern fordert das letzte Woche in Kraft getretene Gesetz zur Zugangerschwerung im Internet zügig zu revidieren.

Für die Junge Union (JU) Oberbayern soll das Gesetz zur Zugangerschwerung im Internet zügig revidiert werden. Das noch von der Großen Koalition verabschiedete Gesetz hat Fehler, die zur Nichtanwendung durch die christlich-liberale Bundesregierung führen. Christian Hümmer, Vorsitzender der JU Oberbayern, sieht die Ziele des ursprünglichen Vorhabens als dringender denn je an. „Das Internet darf kein rechtsfreier Raum für Kinderpornografie, Rassismus und Volksverhetzung sein.“, sagte Hümmer. Die Mittel, dies zu erreichen, müssten durch den Staat besser gewählt werden.

Peter Wagner, Internet-Experte der JU und Kreisvorsitzender in Freising, betont, „dass die Petition den Kern des Problems trifft. Nicht Sperren, sondern das Löschen strafrechtlich relevanter Inhalte ist die bessere Lösung.“ Dabei solle die Rolle der Gerichte als Judikative deutlich gestärkt werden. Zudem sei dies technisch gesehen sauberer, denn Löschen heiße nicht nur ein paar Hindernisse aufzubauen, sondern dauerhaft Inhalte zu entfernen. Auch wenn auf privaten PCs gespeicherte illegale Dateien schnell wieder in den Umlauf kämen, könnten diese Uploads in schweren Fällen besser zurückverfolgt und die Straftäter ermittelt werden.

Auch der stellvertretende JU-Landesvorsitzende Thomas Dopfer pflichtet Wagner bei. Besonders stört sich Dopfer daran, dass das Bundeskriminalamt (BKA) weitgehende Rechte und Datenzugriffe ohne externe Kontrolle erhalten solle: „Das BKA braucht keine zusätzlichen Rechte im Internet.“ Der Vorstoß der JU solle auch der Mutterpartei CSU die Bedeutung des Themas klar machen. Die zeige die Tatsache, dass sich 134.000 Bürger in der größten Online-Petition der Bundesrepublik gegen das Gesetz ausgesprochen hätten.